

Die auswärtige Politik Deutschlands

ist, insbesondere in der ostasiatischen Frage, bekanntlich wiederholt auch von den „Hamb. Nachr.“ demängelt worden. Diese Klagen veranlassen die „Nies. Bzg.“ in einer eingehenden Widerlegung alle gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe als unbegründet zurückzuweisen. Man glaubt Grund zur Annahme, daß diese Widerlegung im Auswärtigen Amte ihren Ursprung hat und ist sie daher von besonderem Interesse. Nach einer kurzen Darstellung der bekannten Kriegsergebnisse heißt es: Für Jeden, der auch nur einigermaßen in das Wesen unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu Ostasien, insbesondere China, eingedrungen ist, konnte es auch nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, daß die dauernde Besetzung der Halbinsel Kia-tung durch Japan zu einer dauernden Beunruhigung Chinas, zu einer stetigen und fortgesetzten Bedrohung der chinesischen Hauptstadt und ihres reichen Hinterlandes und damit zu einer unausgesetzten Schädigung der Handelsbeziehungen Europas und namentlich auch Deutschlands führen mußte. Dazu kommt, was wir früher eingehender nachgewiesen haben, daß durch die Einrichtung eines spanischen Gibraltar in Port Arthur eine Beherrschung des Golfs von Petchili eingetreten wäre, die für die Weiterentwicklung des deutschen Handels mit China recht verhängnisvoll und schädigend hätte werden können. Hätte die deutsche Regierung nicht rechtzeitig diese Gefahren für deutschen Handel und deutsches Gewerbe erkannt, hätte sie unthätig die Schädigung deutscher Interessen zugelassen, so würden dieselben Leute, die jetzt der Regierung etwas am Zeuge flicken wollen, sicherlich die lautesten und diesmal begründeten Vorwürfe erhoben haben. Die dauernde Besitzergreifung chinesischen Festlandes, insbesondere der Halbinsel Kia-tung, behinderte aber nicht nur die europäischen, insbesondere die deutschen Handelsinteressen; es war vielmehr ohne Weiteres vorauszu sehen, daß aus wichtigen politischen Rücksichten Rußland sie nie und nimmer zugegeben haben würde. Die deutsche Regierung hat sich den Dank Japans verdient, als sie rechtzeitig auf diese Gefahren freundlichst aufmerksam machte. Warum die japanischen Staatsmänner diesen uneigennütigen Rathschlag nicht befolgt haben, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis, aber indem sie anders handelten, mußten sie gewärtig sein, daß die von der deutschen Regierung vorhergesagten Folgen eintreten würden.

Im April, heißt es weiter, als die japanisch-chinesischen Friedensverhandlungen in vollem Gange waren und die erste Kenntnis der Friedensbedingungen nach Europa drang, kam von Petersburg die Anfrage nach Berlin, ob die deutsche Regierung geneigt sei, gemeinsam mit Rußland die Schäden abzuwehren, die aus der beabsichtigten Abtretung der Halbinsel Kia-tung von China an Japan für Europa zu befürchten waren. Kein Zweifel, daß das russische Interesse in diesem Falle größer war, als das deutsche, aber zu einem Zusammengehen ist nicht Gleichheit, sondern nur Gemeinsamkeit von Interessen erforderlich, und deutsche Interessen standen zweifellos für Deutschland in Frage, wenn sie auch nicht so bedeutungsvoll und wichtig waren, wie die russischen Interessen für Rußland. Eine Verneinung der russischen Anfrage auf ein Zusammengehen würde die notwendige Folge gehabt haben, daß Deutschland auf die Wahrung seiner eigenen Interessen verzichtet und die Ordnung der ostasiatischen Dinge dem vereinten Vorgehen Rußlands und Frankreichs überlassen hätte. Dafür war um so weniger Anlaß vorhanden, als das Ziel des Zusammengehens ebenso einfach und klar zu Tage lag und klar umgrenzt werden konnte. Der spätere Beitritt Frankreichs war von selbst gegeben, das Wegbleiben Englands aber bedeutungslos, da die Kraft der drei Festlandmächte genügend groß war, um eine unbedingte Durchsetzung ihrer gemeinsamen Forderung zu sichern. Das wäre anders gewesen, wenn Deutschland sich nicht zu diesem Zusammengehen entschlossen hätte, sondern fern geblieben wäre. Alle Nachrichten aus Japan stimmen darin überein, daß Japan sich einer nur von einer Macht ausgehenden Forderung der Räumung von Port Arthur nicht gefügt haben würde. Die Haltung Englands hätte diesen japanischen Widerstand wesentlich erleichtert, erst das Hinzutreten Deutschlands hat den Japanern den Ernst der Lage und die große Gefahr, die sie bei unzeitgemäßem Widerstand laufen würden, klar gemacht. Deutschland hat andererseits durch sein rechtzeitiges Eintreten dahin gewirkt, daß Japan in ehrenvoller Weise die Forderung der Mächte erfüllen konnte, daß alle weitergehenden und mehrfach ausgetauschten Forderungen dritter Staaten an der Schwelle zurückgewiesen wurden und daß Japan in den ungehörten und sicheren Genuss der reichen Friedensbedingungen treten kann. Daß die Zugeständnisse Chinas, sowohl was den Länderzuwachs wie die Kriegskosten betrifft, verhältnismäßig weit größer sind, als die Ergebnisse des deutsch-französischen Krieges für Deutschland trotz der bei weitem größeren und blutigeren Opfer, ist schon auseinander gesetzt worden. Allein die Insel Formosa zählt 34550 Quadratkilometer und über 3 Millionen Seelen, während ganz Elsaß-Lothringen nur 14500 Quadratkilometer mit 1 1/2 Millionen Einwohnern aufweist. Auch die Kriegsschädigung wird sich nunmehr wesentlich erhöhen. Der Versuch, Japan gegen Deutschland zu verheizen, wird an der Macht der That sachen scheitern. Schon die Bemühungen der englischen Presse, der britischen Politik den schließlichen glücklichen Ausgang aufs Konto zu schreiben, beweisen die Richtigkeit der deutschen Haltung.

Landesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die „Berliner Correspondenz“ berichtet eingehend über die am 18. d. M. im Finanzministerium stattgehabte Konferenz zur Förderung des Personalkredits der mittleren Stände. Das Centralkreditinstitut soll als eine selbständige, nicht gesellschaftlich organisierte Anstalt mit juristischer Persönlichkeit errichtet werden, welche der Staatsleitung untersteht und einwweilen auch vom Staat allein mit dem notwendigen Betriebsfonds ausgestattet werden soll. Der Direction der Anstalt wird ein Beirat zur Seite gestellt, im wesentlichen aus Vertretern der mit der Anstalt in Geschäftsverbindung stehenden genossenschaftlichen Verbände bestehend. Als Betriebsfonds wird ein vom Staate als stiller Gesellschafter gemachte feste Einlage von fünf Millionen Mark der Anstalt zur Verfügung gestellt. Die beteiligten Minister erklärten, möglicherweise werde die Vorlage über die Organisation des Personalkredits der mittleren Stände dem Landtage noch in der jetzigen Session vorgelegt werden.

Die „Konf. Corr.“ bringt in Sperrdruck eine Mitteilung, die als von der konservativen Parteileitung des Herrenhauses ausgehend anzusehen ist und folgenden Wortlaut hat: In der gegnerischen Presse wird eine Mitteilung der „Schlesischen Zeitung“, wonach es in der Absicht der Konservativen des Herrenhauses gelegen habe, einen Antrag auf Beseitigung des Reichstagswahlrechts vorzubereiten, lebhaft erörtert. So schreibt die „Freisinnige Zeitung“, es sei „thatsächlich ein Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht von Mitgliedern der konservativen Fraktion beabsichtigt worden“; und die „Berliner Zeitung“ äußert, „Sie (die Konservativen) haben davon vertraulich Rath gepflogen, wie man vom „Herrenhause“ aus dem jetzigen Reichstagswahlrecht in den Rücken fallen könnte. Bis zu einem bestimmten Angriffsplan sind sie indes vorerst noch nicht gelangt, sondern sie wollen noch ein wenig warten.“ Diesen Ausstellungen gegenüber erklären wir auf das Entschiedenste, daß weder im Herrenhause von Seiten der Konservativen ein Vorstoß gegen das Reichstagswahlrecht beabsichtigt war, noch daß die Konservativen überhaupt daran denken, zur Beseitigung des Reichstagswahlrechts Schritte zu thun.

Im Reichstage wird den Parlamentarierjournalisten ein dankenswerthes Entgegenkommen gezeigt. Schon mehrfach ist ausgesprochenen Wünschen willfahrt worden. Heute zeigte die Journalistentrübne eine wesentliche Veränderung mit Rücksicht auf die Akustik. Durch Vorhänge und Wandbekleidungen scheint thatsächlich eine Verbesserung erreicht worden zu sein, wodurch die Arbeit der Journalisten erleichtert, in manchen Fällen überhaupt erst möglich gemacht ist.

Die Gerüchte, daß dem Reichstage noch in zwölfter Stunde die Börsenvorlage zugehen werde, werden der „Post“ als unzutreffend bezeichnet. Der Gesetzentwurf sei noch nicht aus der Kommission des Bundesraths an das Plenum zurückgelangt.

Höheren Orts ist verfügt worden, daß am 20. Juni bei der Eröffnungsfahrt durch den Nordostsee-Kanal für das Publikum besonders günstig gelegene Plätze am Ufer reserviert werden. Der Zutritt ist kostenfrei.

Vom Reichstage. Gestern berieth man die Novelle zum Branntweinsteuergesetz in zweiter Lesung. Abg. Richter (fr. Volksp.) widerspricht bei § 2 des Artikels I der Verlängerung der Kontingenzierungsperioden von 3 auf 5 Jahre und meint, daß dadurch die bayerischen Reservatrechte verletzt würden. Bayerischer Ministerialrath v. Geiger erwidert, daß in Bezug auf die Kontingenzierungsperioden ein Reservatrecht nicht bestehe. Der Zuwachs am Kontingenz könne freilich nicht ohne Weiteres vertheilt werden, da dies unter das Reservatrecht falle. Abg. Weiß (fr. Volksp.): Es handle sich bei diesem Gesetz nicht um das Interesse der gesamten Landwirtschaft, und auch nicht um dasjenige der kleinen Landwirthe. Er sei gegen das Gesetz, gebe aber eventuell der Regierungsvorlage vor der Kommissionsfassung den Vorzug. Der Referent Abg. Gamp (Reichsp.) betont, daß die Einkünfte alle Veranlassung habe, der Tendenz des Gesetzes zuzustimmen, und die Redner jener Seite hätten sich in der That mit ihren politischen Freunden, die der Kommission angehörten, in Widerspruch gesetzt; denn diese seien für möglichste Beseitigung von Beschränkungen beim Brennen eingetreten. Auf Antrag des Abg. Meyer (fr. Ver.) wird über die Verlängerung der Kontingenzierungsperiode auf 5 Jahre namentlich abgestimmt und die fünfjährige Kontingenzierungsperiode mit 167 gegen 66 Stimmen angenommen. Der übrige Theil des Paragraphen wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Sodann wird eine Reihe von Paragraphen ohne Debatte erledigt. Bei Artikel II § 1 führt Abg. Fischbed (fr. Volksp.) aus, daß seine Partei diesen Artikel sowie das Gesetz überhaupt ablehne, weil sie keinem Stande, weder dem Großgrundbesitz, noch den Börsenspekulanten, besondere Vortheile gewähren wolle. Abg. Pashnick (fr. Ver.) beklagt sich, daß von der Rechten Niemand das Wort ergreife; man wolle wohl die Vortheile des Gesetzes möglichst rasch in Sicherheit bringen. Abg. Holz (Reichsp.): In der Kommission sei die Vorlage nach allen Richtungen gründlich durchberathen worden, so daß jeder Abgeordnete über seine Stellung zu dem Gesetz klar sein könne. Die Gegner der Vorlage vertreten übrigens großkapitalistische Interessen. Abg. Wurm (soj.) warnt das Centrum vor der Annahme des Gesetzes, da es vor den Wählern dafür die Verantwortung tragen müßte, und betont, daß die kleinen Genossenschaftsbrennereien durch die Vorlage benachtheiligt würden. Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die Partei, der die Warnung des Vorredners gegolten, stehe so fest, daß es überflüssig sei, sie mit den Wählern zu sprechen. Die Genossenschaftsbrennereien seien keineswegs, wie von den Gegnern der Vorlage vielfach angenommen werde, ganz kleine Brennereien. Wer der Landwirtschaft einen Dienst erweisen wolle, der nehme die Vorlage an. Abg. Meyer (fr. Ver.): Seine Freunde verträten nicht großkapitalistische Interessen, sondern verfolgten lediglich das Prinzip, daß die Steuern gerecht, also gleichmäßig auferlegt würden. § 1 des Artikels II wird darauf in namentlicher Abstimmung mit 161 gegen 91 Stimmen angenommen.

Frankreich.

Vom französischen Finanzminister ist die Einführung einer Dienstbotensteuer in Vorschlag gebracht worden. Danach soll die Haltung eines männlichen Dienstboten mit 30 Fr., bei zwei Dienstboten mit je 45 Fr., bei drei Dienstboten mit je 60 Fr. und bei mehr als vier Dienstboten mit je 90 Fr. besteuert, die Haltung weiblicher Dienstboten je mit der Hälfte dieses Satzes belegt werden. Wer also ein Kindermädchen, eine Köchin, ein Kammermädchen, einen Kutscher und einen Kammerdiener hält, hätte insgesamt 315 Fr. jährlich zu zahlen (zwei männliche Dienstboten zu je 90 Fr. und drei weibliche Dienstboten zu je 45 Fr.). Der französische Finanzminister schlägt den Ertrag dieser Dienstbotensteuer auf 10 Millionen Fr. jährlich. Indessen dürfte die Steuer die Zustimmung der Volksvertretung nicht finden.

Bulgarien.

Der „Polit. Korresp.“ wird aus Sofia gemeldet, die Regierung habe sich geneigt erklärt, Stambulows Ansuchen um einen Reisepaß zur Reise nach Karlsbad zu entsprechen. Die um ihre Ansicht gestragten Mitglieder der parlamentarischen Untersuchungskommission hätten sich jedoch mit 6 gegen 1 Stimme dagegen ausgesprochen, widrigenfalls sie jede Verantwortung vor der Sobranje ablehnten. Es verlautet, Stambulow wolle seine Reise unbedingt am Freitag antreten.

Ufen.

Durch einen Erlass des Kaisers von China sind am Montag alle chinesischen Beamten, sowohl militärische, als auch Zivil-Beamte, mit dem Gouverneur an der Spitze, von Formosa abberufen worden. Nach einem Drahtbericht aus Seoul ist die Lage in der koreanischen Hauptstadt sehr kritisch. Der Premierminister Kim-Hong-Jip hat sein Amt niedergelegt. Der Minist. des Innern hat die Vertreter der fremden Mächte um ihre Unterstützung ersucht. Die Residenz Taiwonkuns, des Vaters des Königs und früheren Regenten, welcher der Führer der Partei ist, die gegen Japan und gegen Reformen ankämpft, wird von der Polizei scharf bewacht.

Vermischtes.

Prälat Kneipp lernte — so schreibt man aus Würzburg — am vergangenen Freitag in voller Frische des Körpers und Munterkeit des Geistes seinen 75. Geburtstag. Würzburg, der ehemals so stille und weltverlorene Ort, der durch ihn zu Aufschwung und Wohlhabenheit gekommen ist, beging diesen Tag mit einem allgemeinen Freudenfeste, an dem mit nicht geringerer Herzlichkeit auch die zahlreichen Fremden, die schon wieder hier sind, theilnahmen. Die des bayerisch-nationalen Brauches unkundigen Gäste wurden am Vorabend und frühen Morgen durch eine fürchtbare Völlelanonade erschreckt, mit der bei uns zu Lande jede Respektperson oder jeder Heilige, sobald er seinen Ehren- oder Namenstag hat, angeschossen wird — je beliebter die Person, desto mehr Pulver — und den Tag über gab es mancherlei Lustbarkeiten und Unterhaltungen. Der alte rüstige „Pfarrer“ Kneipp hielt u. A. eine dankende Ansprache, in der er mit Bezug auf den außerordentlichen Besuch, den er Jahr für Jahr erhalte, meinte, er komme sich mit seinen 75 Jahren vor „wie ein Gäule, das man vor einen Güterzug spanne“, er allein könne ohne Mithilfe jüngerer Kräfte diese Last nicht mehr bewegen.

Einen Schüler mit zwei Händen und nur einem Arm hat die Gemeindefschule in der Müllerstraße 48 zu Berlin. Dem zehnjährigen Sohne Bernhard des vor zwei Jahren verunglückten und seitdem arbeitsunfähigen Zimmermanns Walthers, einem sonst wohlgebildeten Jungen, ist oben am Schulterknochen eine Hand angewachsen. Ober- und Unterarm fehlen. Die Hand ist vollständig beweglich, der Puls deutlich fühlbar, und der Knöchel kann mit der armlösen Hand ganz tüchtig zufassen.

Von einer abergläubischen Jagd nach dem Glück berichtet die „Königsberger Allg. Bzg.“: Die Fischerfrau N. aus B. hatte sich ins Land begeben, um Fische zu verkaufen. Es war schon Abend, als sie den Heimweg antrat, aber Angst vor einem etwaigen Verirrten verpörrte sie nicht, denn sie kannte ja jeden Weg und Steg, der nach Replecken durch den sogenannten „Hengstbruch“ führt. Außerdem war sie so recht mit sich zufrieden. Das Geschäft hatte guten Gewinn abgeworfen, das Wetter war herrlich, ihre Ansichten gestärkt sich von Tag zu Tag besser. So schritt sie denn, in freudigen Gedanken verfunken, rüstig fürbaß. Plötzlich leuchtete rechts ab vom Wege ein Licht auf und verschwand dann wieder, um hüpfend über die Wiesensfläche dahin zu flackern. Neugierig blieb die Frau stehen und starrte auf die Lichterscheinung. Alte Geschichten, vom Großvater überliefert, vom Brennen des Geldes, vom Besprechen der Flammen, vom Graben des Schatzes, tauchten in ihrem Gedächtniß auf. Bald war denn auch die resolute Frau, die selbst vor dem Teufel nicht Angst hätte, mit sich einig, die Gelegenheit, reich zu werden, nicht vorübergehen zu lassen. Sie bindet ihren Fischkorb mit dem